

Liechtensteinern bleibt mehr «Netto vom Brutto» als Schweizern

Studie Hierzulande bleibt nach Abzug von Steuern, Abgaben und Grundkosten deutlich mehr Einkommen zur freien Verfügung als in der Schweiz, wie das Liechtenstein-Institut belegte.

VON DANIELA FRITZ

«Jammern auf hohem Niveau» ist im Hinblick auf die weltweiten Krisen und dem Lebensstandard in westlichen Staaten ein etwas überstrapazierter Satz. Doch angesichts der Ergebnisse einer Studie des Liechtenstein-Instituts zum verfügbaren Einkommen in Liechtenstein im Ver-

gleich zur Schweiz ist es ebendiese Phrase, die einem sofort durch den Kopf geht. Denn den Liechtensteinern bleibt von ihrem Einkommen durchschnittlich 59 Prozent zur freien Verfügung, den Schweizern nur 44 Prozent. Und das, obwohl beim sogenannten «frei verfügbaren Einkommen» bereits notwendige Ausgaben wie Miete, Mobilitätskosten, Grundernährung sowie obligatorische Versicherungen abgezogen sind. Der deutliche Unterschied basiert gemäss der vom Ministerium für Gesellschaft in Auftrag gegebenen Studie vor allem auf der tieferen Steuerbelastung und den geringeren

Sozialabgaben, die durch die teilweise höheren Wohnkosten nicht kompensiert werden.

Kein Freibrief für höhere Steuern

Wie gut es den Liechtensteinern geht, hat Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini nun Schwarz auf Weiss. Es sei aber nicht seine Intention, dies nun «als Freibrief zu sehen, den Menschen mehr Geld aus der Tasche zu ziehen».

Im Gegenteil. Er will damit aufzeigen, wie wenig der Staat die Bürger belastet, wie der Gesellschaftsminister bei der gestrigen Präsentation der Studie klarstellte. «Arbeit lohnt sich in Liech-

«Arbeit lohnt sich in Liechtenstein – Diesen Zustand gilt es zu erhalten.»

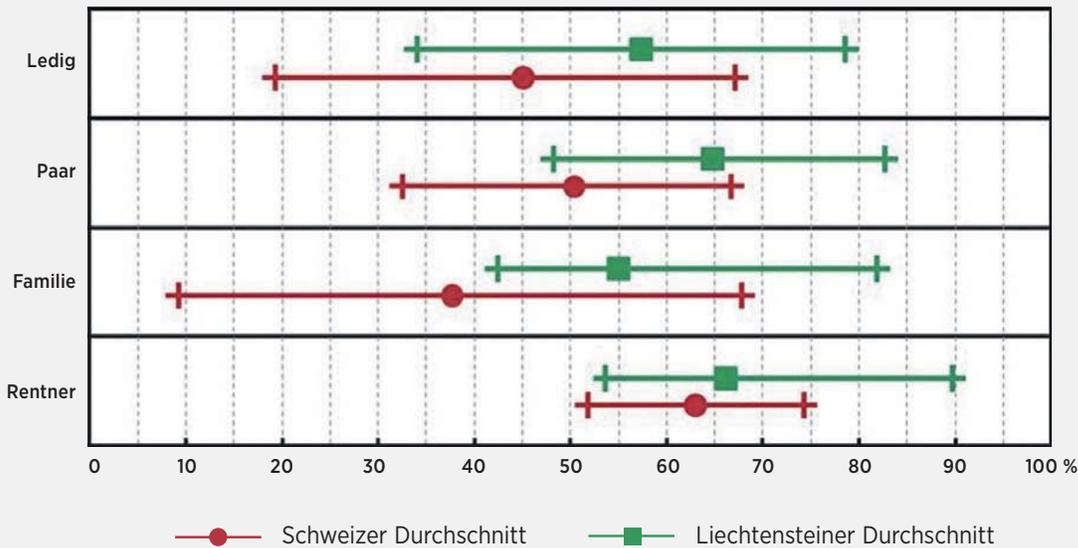
MAURO PEDRAZZINI
GESELLSCHAFTSMINISTER

tenstein – Diesen Zustand gilt es zu erhalten», betonte Pedrazzini. Und zwar, indem mit staatlichen Geldern weiterhin sorgfältig umgegangen werde. Denn wenn der Staat Geld ausbebe, müsse er sich dies anderswo wieder holen – etwa über Steuern, die das Nettoeinkommen wiederum schmälern würden. Das hohe verfügbare Einkommen sei nicht zuletzt auch ein Standortvorteil. «Wenn wir uns den verscherzen, ist er weg», warnte Pedrazzini.

Auch höhere Tarife, etwa im Gesundheits- und Sozialwesen, liessen sich nun nicht mehr mit der Argumentation rechtfertigen, die Lebenshaltungskosten seien hierzulande höher als in der Schweiz. Diese sind gemäss der Studie nämlich in beiden Ländern quasi identisch. Seite 3

Frei verfügbares Einkommen (FVE) im Vergleich

Minimales und maximales FVE – in Prozent des Markteinkommens



FVE nach Gemeinden

| Rang | Gemeinde | Mittleres gewichtetes FVE |
|------|----------------|---------------------------|
| 1. | Triesenberg | 61,5 % |
| 2. | Schellenberg | 59,5 % |
| 3. | Balzers | 59,3 % |
| 4. | Schaan | 59,1 % |
| 5. | Triesen | 58,9 % |
| 6. | Mauren | 58,8 % |
| 7. | Gamprin | 58,7 % |
| 8. | Vaduz | 58,6 % |
| 9. | Ruggell | 58,3 % |
| 10. | Eschen | 58,3 % |
| 11. | Planken | 57,8 % |
| 12. | Altdorf (UR) | 51,1 % |
| 13. | Glarus (GL) | 50,3 % |
| 14. | Appenzell (AI) | 50,2 % |
| 15. | Maienfeld (GR) | 48,7 % |
| 27. | Genf (GE) | 45,2 % |
| 28. | Zürich (ZH) | 42,9 % |
| 29. | Basel (BS) | 42,5 % |

Grafik: «Volksblatt»; Quelle: Liechtenstein-Institut

Höheres Nettoeinkommen als Standortvorteil für Liechtenstein

Belastung Den Liechtensteinern bleibt mehr im Portemonnaie als den Schweizern. Dieses Bild zieht sich durch fast alle Gemeinden und Haushaltstypen.

VON DANIELA FRITZ

Am Ende des Geldes zu viel Monat übrig? Zumindest rein wissenschaftlich betrachtet müsste dieses Problem in Liechtenstein weniger bekannt sein als in der Schweiz. Immerhin bleibt hierzulande vom Markteinkommen (Bruttolohn

plus Vermögen) nach Abzug von Steuern und den nötigsten Haushaltsausgaben noch 59 Prozent des Geldes zur freien Verfügung, den Schweizer Nachbarn jedoch nur 44 Prozent. Zu diesem Ergebnis kam eine vom Ministerium für Gesellschaft in Auftrag gegebene Studie des Liechtenstein-Instituts, die gestern vorgestellt wurde. Dabei ermittelten die Forschungsbeauftragten für Wirtschaft, Berno Büchel und Andreas Brunhart, für verschiedene Beispielhaushalte, wie sich das Markteinkommen nach Steuern und Sozialausgaben - unter Berücksichtigung möglicher Transferleistungen - sowie den notwendigen Ausgaben für Wohnen, Nahrung, Mobilität oder etwa Versicherungen reduziert.

Weniger Steuern, höhere Mieten

«Es zeigte sich, dass das frei verfügbare Einkommen (FVE) für fast alle Haushaltstypen und Lohn- und Vermögensklassen in Liechtensteiner Gemeinden höher ist als in der

Schweiz», erklärte Brunhart. So blieben etwa einer vierköpfigen Familie in Balzers von ihrem Bruttoeinkommen von 100 000 Franken jährlich 54,4 Prozent übrig. Im Bündner Maienfeld wären es nur 45,3 Prozent. Noch deutlicher wird der Unterschied am Beispiel eines Ein-Personen-Haushalts: In Vaduz ständen von brutto 60 000 Franken jährlich immerhin 49 Prozent zur freien Verfügung. In Sevelen blieben lediglich 37,7 Prozent im Portemonnaie.

Die Autoren begründen dies vor allem mit der geringeren Steuerbelastung in Liechtenstein, auch die Sozialabgaben seien hierzulande deutlich tiefer - dies bei gleichzeitig höheren Transferleistungen. Die Kosten für Mobilität und Nahrung seien dagegen vergleichbar hoch, nur für das Wohnen zahlt man in Liechtenstein etwas mehr als in vielen - aber nicht allen - Schweizer Gemeinden. Die tendenziell höheren Mieten würden die dafür geringeren Steuern und Abgaben nicht kompensieren.

Bei Rentnern ist dagegen der Unterschied zwischen den beiden Ländern nicht so gravierend, da die unterschiedliche Steuerbelastung nicht so ins Gewicht falle (siehe Grafik). «Zudem sieht man, dass den Rentnern in beiden Ländern im Vergleich zu den anderen Haushaltstypen prozentual am meisten bleibt», heisst es in der Studie.

Wenig Unterschiede gibt es auch zwischen den Liechtensteiner Gemeinden (siehe Tabelle). Am meisten «Netto vom Brutto» bleibt in Triesenberg, wo sowohl Steuern als auch die Wohnungsmieten tief sind.



Berno Büchel (links) und Andreas Brunhart (rechts), Forschungsbeauftragte für Wirtschaft am Liechtenstein-Institut, führten die Studie durch. (Foto: Michael Zanghellini)